



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Soziales und Senioren	10.01.2008	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen
aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage
nach § 4 der Geschäftsord-
nung

Stellungnahme zu einem
Antrag nach § 3 der Ge-
schäftsordnung

Rundfunkgebührenbefreiung bei geringem Einkommen, Antwortschreiben des Ministerpräsidenten auf Resolution des Rates der Stadt Köln

Durch die Änderung des Achten Rundfunkgebührenstaatsvertrages zum 01.04.2005 ist für Personen mit geringem Einkommen der Anspruch auf Rundfunkgebührenbefreiung entfallen.

Am 19.06.2007 beschloss der Rat der Stadt Köln eine Resolution, worin die Landesregierung aufgefordert wird, diesem Personenkreis durch Änderung des Staatsvertrages wieder die Befreiung zu ermöglichen.

Die Landesregierung teilt daraufhin mit, dass eine Änderung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages nur mit Einverständnis aller 16 Landesregierungen und Parlamente vorgenommen werden kann.

Es wird jedoch versichert, dass das Anliegen des Rates von dort zielführend vorangetrieben wird.

Das Antwortschreiben der Staatskanzlei vom 07.11.2007 ist als Anlage beigefügt.